

# Finther SPD-Brief



Markthalle - was wird aus Dir?

Ein den Finthern vertrautes Sommer-Bild wird nicht mehr lange zu sehen sein. In der Straße "Am Obstmarkt" wird kein Landwirt mehr zu entdecken sein, der dort seine Ernte abliefern will. Einen Markt wird es "Am Obstmarkt" dann nicht mehr geben. Nur noch der Name wird Erinnerungen wachhalten. Die Genossenschaft plant nämlich, ein größeres und modernes Gebäude zu errichten, das die Markthalle ersetzen soll.

Was aber geschieht dann mit der Markthalle? Wird das Gebäude, das das Ortsbild Finthens wesentlich mitprägt, ein anderes Aussehen bekommen oder gar abgerissen? Die Genossenschaft wird wohl so günstig wie möglich verkaufen müssen, um die Neu-Investition finanzieren zu können. Viele Bürgerinnen und Bürger fragen sich deshalb, ob vielleicht ein Supermarkt dort eingerichtet wird. Der Standort wäre sicher attraktiv dafür. Bisher gibt es für diese Befürchtung aber noch keine Grundlage. Die VOG möchte offenbar am liebsten an die Stadt Mainz verkaufen, und die Stadt scheint auch Interesse zu haben - ob sie das nötige Geld hat, bleibt abzuwarten.

Die SPD Finthen setzt sich mit allem Nachdruck dafür ein, daß die Markthalle mit dem dazugehörigen Gelände städtischer Besitz wird und den Finthern für eine sinnvolle Nutzung zur Verfügung steht, die keine wesentliche Steigerung des Verkehrsaufkommens bedeutet.

Am besten wäre es, wenn die Markthalle für eine sportliche Nutzung ausgebaut werden könnte. Das würde das Gesicht des Gebäudes nicht verändern, und die Überbeanspruchung der vorhandenen Sportstätten wäre etwas abgemildert. In Verbindung mit dem Bürgerhaus könnte ein zusammenhängender Freizeit- und Erholungskomplex entstehen. Eine Vorstellung, die unbedingt verwirklicht werden sollte. Die SPD Finthen ist jedenfalls dafür - und Sie?

### Verkehr verkehrt

Wer schläft, sündigt nicht, besagt eine vermutlich alte Sprichwortweisheit. Sie muß alt sein, denn ihre Urheber wußten offenbar noch nichts vom Verkehr. Im Straßenverkehr ist das nämlich anders: Auch der ruhende Verkehr ist nicht frei von Sünde, sprich: Gesetzesübertretung.

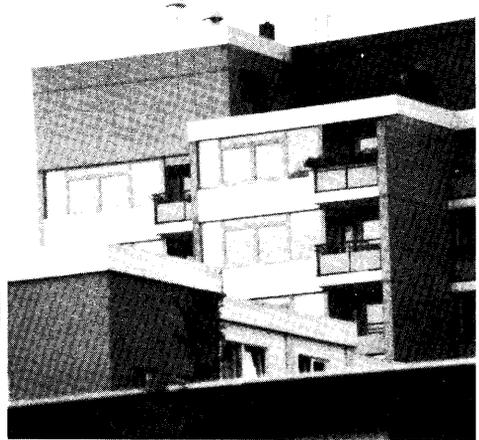
Mit "ruhender Verkehr" sind im Amtsdeutsch die abgestellten Fahrzeuge gemeint (wir wollen nicht darüber streiten, ob Verkehr, der ruht, noch Verkehr ist). Wo sie abgestellt sind, das ist nicht immer erfreulich. Eigentlich sind Park- und Halteverbote dazu da, beachtet zu werden. Nicht nur, weil es das Gesetz so will, sondern auch, weil die Verbote in aller Regel notwendig oder zumindest sinnvoll sind.

Ausnahmsweise mal ein solches Verbot zu übertreten, mag situationsbedingt vielleicht verständlich sein. Teilweise ist gesetzwidriges Parken aber offenbar schon zur Gewohnheit geworden. Und dafür haben wir - man möge uns das nachsehen - kein Verständnis.

Kein Verständnis würde auch der/die Erfinder/in der Bürgersteige aufbringen, könnte er/sie den "ruhenden Verkehr" bei uns sehen. Wer immer die Idee gehabt haben mag, er oder sie hat sich mit Sicherheit etwas dabei gedacht, Fahrzeugen und Fußgängern jeweils einen abgegrenzten Teil der Straße zu widmen. Ob die vielen Autofahrer/innen, die die Bürgersteige als Parkfläche benutzen, sich dabei etwas denken, ist hingegen kaum anzunehmen. Aber im Straßenverkehr sollte man eigentlich denken.

Den einen oder anderen Gedanken könnte man vielleicht daran verschweiden, daß Passanten mit Kinderwagen oft unnötigerweise gefährdet werden, weil sie von einem durch Autos eingeengten Gehweg auf die Fahrbahn ausweichen müssen; daß der Gehwegparker seiner Blechkarosse mehr Rechte einräumt als sich selbst (er ist ja nicht nur Autofahrer, sondern auch Fußgänger); daß man durch das Bürgersteig-Parken die Fahrbahn verbreitert und damit den Verkehr beschleunigt (wer will das eigentlich ausgerechnet vor der eigenen Haustür?).

Liebe Finther Autofahrer/innen, denken Sie lieber mit, bevor es Ihr Nachbar für Sie tut. Die Stadtverwaltung hat nämlich einen Telefonanschluß installiert, über den jeder Bürger auf Mißstände im Verkehr hinweisen kann. Unter der Nr. 12 21 81 ist der Anschluß täglich von 7.00 bis 21.00 Uhr erreichbar. Möchten Sie etwa dort "angeschwärzt" werden?



Muß das sein?

Saubere Schornsteine dank Gasheizung

Hatten Sie sich die "geistig-moralische Erneuerung" so vorgestellt?

Steuern sind Abgaben, mit denen die Bürger ihre gemeinsamen Aufgaben finanzieren. Steuern sind aber auch zum Steuern da. Der Staat verteuert z. B. ganz gezielt Tabakwaren und Alkohol, weil Rauchen und Alkohol-Genuß mit einem hohen Risiko für die Gesundheit und dadurch mit erheblichen Kosten für das Gemeinwesen verbunden sind. Die Verteuerung soll den Verbrauch möglichst einschränken. Was aber will die Bundesregierung mit der vorgesehenen Gas-Steuer steuern?

Gas ist einer der umweltfreundlichsten Energie-Träger, die uns zur Verfügung stehen. Deshalb predigen Energiefachleute, Umweltschützer und Politiker seit Jahren, die Gasheizung sollte unbedingt Vorrang vor Kohle- und Ölheizungen genießen. Deshalb wird z. B. die gesamte Siedlung "Römerquelle" ausschließlich mit Gas beheizt. Zur Strafe für ihr umweltfreundliches Verhalten sollen jetzt die Bewohner der "Römerquelle" ein paar Hundertmarkscheine jährlich mehr für die Beheizung hinblättern? Das macht doch wohl keinen Sinn - oder?

Nur im Rahmen der Ideologie, nach der die Bundesregierung handelt, ist die Gas-Steuer sinnvoll. Sie gehört nämlich zu den Plänen der sogenannten Steuer-Reform. Bei unserem System der Einkommensbesteuerung müssen von Zeit zu Zeit die Steuersätze geändert werden, weil andernfalls der Staatsanteil an den nominell (= unabhängig vom gleichzeitigen Kaufkraftver-

lust) ständig steigenden Einkommen allmählich zu groß würde. Dies ist auch bereits wiederholt geschehen. Was uns zur Zeit unter dem Namen "Steuer-Reform" geboten wird, ist aber ein ideologisches Husarenstück (im Sinne der geistig-moralischen Erneuerung?). Einerseits wird uns mit einem beispiellosen propagandistischen Aufwand die größte Steuer-Entlastung aller Zeiten versprochen, andererseits sollen wir diese "Entlastung" zum großen Teil durch höhere Verbrauchssteuern selbst finanzieren. Verbrauchssteuern aber sind gegenüber der Einkommenssteuer weitaus ungerechtere Abgaben, weil sie die Schlechterverdienenden verhältnismäßig viel stärker treffen als die Besserverdienenden. Wer etwa 20.000 Mark im Monat verdient, gibt nur einen weitaus geringeren Teil seines Geldes für die täglichen Verbrauchsgüter aus als derjenige, der nur 2.000 Mark erhält. Um beim Gas zu bleiben: Die Heizkosten des Besserverdienenden werden etwas höher sein, weil er eine größere Wohnung hat, aber sie sind mit Sicherheit nicht 10mal so hoch. Auch die Gas-Steuer wird für ihn daher nur geringfügig höher ausfallen.

Zur Steuer-Funktion der Abgaben sollte es eigentlich gehören, daß die Besserverdienenden stärker zur Kasse gebeten werden als die weniger gut Betuchten. Im Sinne eines gewissen Ausgleichs ist die Einkommenssteuer deshalb gestaffelt. Verbrauchssteuern aber bewirken gerade nicht den Ausgleich, sondern sie benachteiligen die sozial Schwächeren der Gesellschaft. Die Einkommenssteuern zu verringern und die Verbrauchssteuern zu erhöhen, ist keine Steuer-Reform, sondern eine Umverteilung des Volkseinkommens von unten nach oben.

Damit aber nicht genug. Die Bundesbürger werden auch mehr für ihre Gesundheit bezahlen müssen. Die Bundesregierung prognostiziert eine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge um 0,5 % und eine Erhöhung der Selbstbeteiligung im Krankheitsfall um durchschnittlich 108,33 DM pro Kopf und Jahr. Zu welchen Unterschieden das führt, sei an zwei Beispielen gezeigt:

1) Verheirateter Arbeitnehmer, 2 Kinder, Bruttojahresgehalt 30.000 DM. Die Steuerentlastung macht 427 DM im Jahr aus, die Mehrbelastung durch Verbrauchssteuern ca. 500 DM. Für die Krankenkasse sind 45 Mark mehr zu zahlen, für die Selbstbeteiligung an den Krankheitskosten 433 Mark. Das macht per Saldo eine Einkommensminderung von 551 Mark im Jahr aus.

2) Gleiche Familienkonstellation, Bruttojahresgehalt 200.000 DM. Die Steuerentlastung beträgt 11.858 DM, die Belastung durch Verbrauchssteuern ca. 600 DM. Die Krankenkasse kostet pro Jahr 90 Mark mehr, für die Selbstbeteiligung müssen 433 Mark aufgebracht werden. Entlastung, sprich: Mehreinkommen = 10.735 DM pro Jahr.

Und auch damit noch nicht genug. Weil die Bundesregierung nichts gegen die Massenarbeitslosigkeit tut, sind die von den Gemeinden zu tragenden Sozialhilfe-Kosten katastrophal gestiegen. Die kommunalen Haushalte haben kaum noch Bewegungs-Spielraum. Die miserable Haushaltslage in Mainz ist dafür nur ein Beispiel. Diese Situation wird sich noch verschärfen; denn zum Teil wird die sogenannte Steuer-Reform auf Kosten der Kommunen finanziert.